24. Juni 2004 - DEMONSTRATION - Übergabe der Forderungen an die Politik!

Wir fordern Schutz durch Tarif und Gesetz!

Billiglohn stoppen! Ein Mindestlohn- und Vergabegesetz nützt allen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, denn es stoppt die Dumpinglohnkonkurrenz, stärkt den Binnenmarkt und sichert Arbeitsplätze!

Vorname/Name/Ort	Unterschrift

Unterschriften sammeln und am 24. Juni mitbringen!

Bitte unterschreiben, FreundInnen und KollegInnen dafür gewinnen und uns zukommen lassen.

Verbunden mit der Aktion wird es der am 13. Juni neugewählten Regierung übergeben!

BürgerInnen Gegen Billiglohn - Für Gleichbehandlung - Soziales Netzwerk, Blumenstraße 16, 99092 Erfurt.
0171 7429858; Fax: 01805 060334 61 80

BIGB@bi-gb.de.de; www.bi-gb.de

Es ruft auf: BürgerInnen Gegen Billiglohn - Für Gleichbehandlung; ver.di Fachbereiche Besondere Dienstleistungen und Handel; Klaus Schwarzbeck, ASG; Norbert Schneider, attac;

WÄHLEN GEHEN

Wahlbetrug stoppen!

13. Juni Landtag und Europa,
27. Juni Kommunen wählen.

24. Juni 2004

18 Uhr, Anger Erfurt

DEMONSTRATION

Sozialstaat, Bildung und Demokratie ausbauen statt abbauen!

Die Rot-Grüne und Schwarz-Gelbe Koalition in Berlin hat die Agenda 2010 beschlossen und demontiert das Sozial- und das Bildungssystem und die Demokratie.

Wir wollen und werden nicht hinnehmen,

- dass die von den Lohnabhängigen erkämpften Sozialleistungen (Unterstützungen für Erwerbslose, Renten, Gesundheitsversorgung usw.) immer mehr ausgehöhlt und beseitigt werden
- und dass Menschen die Möglichkeit verwehrt wird, mit Erwerbsarbeit würdig zu leben,
- dass das Lohnniveau über die Aushöhlung von Tarifverträgen, über Arbeitszeitverlänge-

Democracy is goverment
- **of the people**
- **by the people**
- **for the people**

In der Demokratie kommt die Herrschaft
- **von den BürgerInnen (of)**
- **durch die BürgerInnen (by)**
- **im Interesse der BürgerInnen (for)**

In der BRD ist " Demokratie" Lobby-Herrschaft

rung, Privatisierung öffentlicher Betriebe und über wachsenden Druck auf Erwerbslose gesenkt wird und

- dass die Bedingungen von Minderheiten, wie z.B. Nichtdeutsche, verschlechtert werden und die Ungleichbehandlung zwischen Mann und Frau, Ost und West verschärft wird,
- dass immer mehr Menschen verarmen, während Kapitalbesitzer und Vermögende immer reicher werden,
- dass über Steuerflucht geklagt, sie aber geduldet und Wirtschaftskriminalität nicht effektiv bekämpft wird,
- dass Minderheiten, wie z.B. die AusländerInnen, Opfer von Diskriminierung, Ausgrenzung und rechter Gewalt, als Sündenbock für die wachsende Erwerbslosigkeit abgestempelt werden.

Arbeit um jeden Preis ist für uns unzumutbar.

Nicht die angebliche Anspruchshaltung der Erwerbslosen, der RentnerInnen oder das "Besitzstandsdenken" der Beschäftigten ist das Problem, sondern das Profitstreben des Kapitals sowie eine Wirtschaftsordnung, die allein der Verwertung dient, die alles nur produziert, um aus Geld mehr Geld zu machen.

Wir sehen keinen Sinn darin, dass Milliarden Euro bei riskanten Finanzanlagen verbrannt oder zwecks Steuerflucht ins Ausland verlagert werden, während viele Menschen auf das Notwendigste verzichten sollen.

Wir sehen auch nicht ein, dass Sozialleistungen abgebaut werden, während gleichzeitig weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr finanziert werden.

Es ist eine Lüge, dass wir uns eine gute Bildung für alle, gut ausgestattete Kindergärten, eine ausgebaute öffentliche Infrastruktur und öffentlichen Wohnungsbau nicht mehr leisten können. Die Kassen sind leer, weil die Unternehmen dank der "Steuerreformen" immer weniger Gewinnsteuern zahlen, immer mehr Dumpingkonkurrenz einführen und gleichzeitig, unter anderem durch Arbeitszeitverlängerungen und –flexibilisierung, immer mehr Menschen erwerbslos machen.

Wir sind nicht bereit, uns gegen unsere Kollegen/innen und Mitbürger/innen in anderen Ländern in einen internationalen Dumpingwettbewerb um die geringsten Arbeitskosten und billigsten Sozialsysteme treiben zu lassen.

Die Regierungschefs der EU aber wollen genau das. Sie wollen mit Hilfe von Sozial- und Lohnabbau die USA bis 2010 als stärkste Wirtschaftsmacht ablösen. Deshalb Agenda 2010. Das ist nicht unser Ziel.

Wir sehen nicht ein, dass die Armut steigt, während unsere Produktivität zunimmt und der von uns erarbeitete Reichtum Jahr für Jahr wächst.

Preisträger Juni 2004

Als hemmungslose Bereicherer, rücksichtslosem Umgang mit Arbeitnehmer/innen und/oder Missachtung von Recht, Gesetz und Tarifverträgen und/oder Geldgier und/oder ... wurden von der BürgerInneninitiative folgende Betriebe auserwählt:

1. Platz und Preisträger
GeAT. Gesellschaft für Arbeitnehmerüberlassung Thüringen, Erfurt

2. Platz
Cobra Sicherheitszentrale GmbH, Erfurt
und DURA Automotive System AG, Gehren
(Zulieferung Automobilindustrie)

3. Platz
Sedlmayer GmbH, Triptis (Metallverarbeitung)

Am 24. Juni wird die Goldene Nase übergeben!

Nähere Auskünfte im Internet:
www.bi-gb.de

Kritik und sich Beklagen reicht nicht aus!

Wir fordern:

- **einen gesetzlichen Mindestlohn von 1500€/Monat (8,67€/Stunde),**
- **ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen von 1000€/Monat für alle Erwerbslosen, ohne Bedürftigkeitsprüfung,**
- **Beendigung der Dumpingauftragsvergabe durch die Öffentliche Hand durch ein Vergabegesetz,**
- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich,**
- **Finger weg vom Ladenschlussgesetz,**
- **die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge,**
- **eine solidarische, bedarfsorientierte, paritätisch finanzierte Krankenversicherung – eine Bürgerversicherung für alle,**
- **keine Privatisierung der Sozialversicherung und der öffentlichen Einrichtungen,**
- **den uneingeschränkten Zugang zu und den Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen - keine Studiengebühren und keine anderen Gebührenerhöhungen,**
- **keine Eliteuniversitäten, sondern Bildungsrechte, Weiterbildung für alle und ein Bildungsurlaubsgesetz,**
- **qualifizierte betriebliche Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen,**
- **Schluss mit der Umverteilung von Unten nach Oben,**
- **die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen und die (Wieder)-Einführung einer Vermögenssteuer,**
- **Steuerflucht und Wirtschafskriminalität stoppen!**

Wir fordern die wirkliche Demokratie, zum Beispiel gleiches Recht für alle Menschen, Einschränkung der Macht des Kapitals und Stärkung der Kraft und Rechte aller BürgerInnen.

Wir widersetzen uns der aufgedrängten Sachzwangslogik. Wenn die Regeln der kapitalistischen Ökonomie es erfordern, schlecht zu leben, obwohl es ganz anders ginge, dann müssen wir die Regeln ändern!

Eine andere Gesellschaftsordnung ist möglich, in der nicht die Profitmaximierung im Mittelpunkt steht, sondern die konkrete Bedürfnisbefriedigung der Menschen.

Wahl steht vor der Tür – 13. Juni und 27. Juni.

Nicht zu Hause bleiben, sondern für eine wirklich menschenfreundliche Politik sorgen!

Wahlbetrug brechen durch das Aufstehn für eine solidarische Gesellschaft und menschenwürdige Arbeits- und Einkommensbedingungen!